

„Die Gewerkschaften unterstützen die Idee der Einrichtung eines Fonds zur Prävention von Arbeitsunfällen in globalen Lieferketten.“

Die Gewerkschaftsverbände der G7-Länder (Labour 7) und der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB), am 23. März 2015

„Wir müssen alles dafür tun, um tragische Unfälle wie Rana Plaza künftig zu vermeiden (...) Die Regierungen und Unternehmen in den G7-Staaten müssen dabei Vorbilder und Vorreiter sein. (...) Mit Mitteln des Fonds können wir insbesondere ärmere Länder dabei unterstützen, in den Arbeitsschutz zu investieren oder Unfallversicherungen aufzubauen.“

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles,
am 9. Juni 2015

„Ein solcher Fonds kann von Nutzen sein, um Arbeitsunfällen besonders in weniger entwickelten Ländern vorzubeugen.“

Die großen Wirtschaftsverbände der G7-Länder (Business 7), am 20. Mai 2015

„Ich unterstütze im Namen Frankreichs den globalen Fonds für die Prävention von arbeitsbedingten Unfällen, der insbesondere für Entwicklungsländer hierfür dringend benötigte Mittel bereitstellen wird.“

Staatspräsident François Hollande, am 11. Juni 2015

KONTAKT

Internationale Arbeitsorganisation (ILO)
4 route des Morillons
1211 Genf 22, Schweiz
Kontakt: Dr. Annette Niederfranke,
Direktorin ILO Deutschland
Tel.: 030 28092668
E-Mail: niederfranke@ilo.org

Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin
Kontakt: Dr. Sebastian Künzel
Tel.: 030 185276485
E-Mail: sebastian.kuenzel@bmas.bund.de

IMPRESSUM

Herausgeber: Bundesministerium für Arbeit und Soziales
G7 Projektgruppe
Wilhelmstr. 49
10117 Berlin

Stand: Oktober 2015

Bildnachweis:
BMAS
ILO



**GEMEINSAM HANDELN!
PRÄVENTION
WELTWEIT STÄRKEN**





UNSER ZIEL: „VISION ZERO“

Eine Welt ohne schwere oder gar tödliche arbeitsbedingte Unfälle und Krankheiten stellt eine der großen, gemeinsamen Herausforderungen unserer Zeit dar. Diese „Vision Zero“ kann nur durch vereinte Anstrengungen von Unternehmen, Regierungen und Sozialpartnern weltweit erreicht werden. Zu diesem Zweck haben die sieben führenden Industrienationen (G7) die Einrichtung eines „Vision Zero Fund“ vorgeschlagen – für mehr gemeinsame Prävention und möglichst wenige oder gar keine schweren Arbeitsunfälle weltweit.

„Wir unterstützen einen Vision Zero Fund, der in Zusammenarbeit mit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) eingerichtet wird.“

Erklärung der Staats- und Regierungschefs,
G7-Gipfel Schloss Elmau, am 7.–8. Juni 2015

ZUSAMMEN KONKRETE FORTSCHRITTE ERREICHEN

Der Fonds mobilisiert praktische Unterstützung für ärmere Produktionsländer, die beim Thema Arbeitsschutz vorangehen wollen. Hierfür bündeln internationale Unternehmen, lokale Betriebe, Sozialpartner und Regierungen aus Produktions- sowie Industrieländern ihre Kräfte und bestimmen gemeinsame Ziele im jeweiligen Land. Jeder trägt seinen Teil bei: entweder durch finanzielle Beiträge, Bereitstellung von Know-How oder ein starkes Engagement vor Ort.

Mit der ILO, der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf, haben wir die beim globalen Arbeitsschutz weltweit führende Internationale Organisation für die Implementierung des Vision Zero Fund gewinnen können. So kann durch gezielte Länderprojekte der Aufbau von Arbeitsinspektionen, öffentlichen Strukturen für den Arbeitsschutz, Unfallversicherungen sowie von nachhaltigen Initiativen auf betrieblicher Ebene gefördert werden. Regierungen, Sozialpartner und Unternehmen werden gemeinsam mit der ILO an der Governance des Fonds beteiligt sein und darüber entscheiden, wie ganz konkrete Fortschritte erreicht werden können.

„Der große Wert des Vision Zero Fund liegt in seiner praktischen Dimension. Ich hoffe sehr, dass wir diese Vision Wirklichkeit werden lassen können – zusammen mit unseren G7-Freunden, und auch global mit den Sozialpartnern an Bord.“

ILO Generaldirektor Guy Ryder, am 13. März 2015

„Wir setzen uns dafür ein, dass ein Vision Zero Fund gegründet wird, (...) denn wir glauben, dass das Thema besserer Arbeitsbedingungen in vielen Ländern Asiens und Afrikas heute noch nicht zufriedenstellend gelöst ist. Ich glaube, dieses Thema wird auch in den nächsten Jahren weiterhin eine große Rolle spielen.“

Bundeskanzlerin Angela Merkel, nach dem
G7-Gipfel, am 8. Juni 2015

„Wir hatten sehr intensive Gespräche zum Thema Lieferketten. Es kann nicht richtig sein, dass wir in unserem Teil Europas uns gelegentlich in Wohlstand sonnen, während weltweites Sozial-Dumping bedeutet, dass andere diesen Wohlstand finanzieren. Wir brauchen faire Bedingungen, Umweltstandards und Arbeitnehmerrechte für alle. Und wir arbeiten daran.“

Der Präsident der Europäischen Kommission
Jean-Claude Juncker, nach dem G7-Gipfel,
am 8. Juni 2015